

W 3.1 Aufbruch gegen den Mietenwahnsinn!

Antragsteller*in: Stephan Wiese (Stormarn KV)

Änderungsantrag zu W 3

Von Zeile 22 bis 23 einfügen:

Neubau. Darüber sprechen wir uns für die Nachverdichtung im urbanen Bereich, um den Flächenverbrauch an den Rändern der Städte zu verhindern. Es sollen Anreize geschaffen werden, nicht genutzten Leerstand wieder zu vermieten und ungenutzte Flächen zu vergeben. In den Gemeinden sind Leerstandskataster einzurichten, bei denen Bürger*innen Leerstand melden können, damit die Verwaltung den Eigentümer*in kontaktieren kann. Bei der Ausweisung und Vergabe

In Zeile 43 einfügen:

Träger konsequent ausweiten und Rückkäufe anstreben, dort wo angebracht und für die Kommune finanzierbar.

In Zeile 55 einfügen:

öffentlichen Personennahverkehr und an eine Wärmeversorgung durch Wärmenetze auf Basis erneuerbarer Energien. Große Wohnungsbaugesellschaften sollen künftig

In Zeile 60 einfügen:

sowie verwahrloste und lange Zeit unbebaute Grundstücke nach mehrfacher Aufforderung zu entziehen. Als

Von Zeile 63 bis 65:

~~**3. Einfrieren der Mieten!** **3. Funktionierende Mietpreisbremse bei Neuvermietungen** Wir fordern ein Einfrieren der Mietpreise bis eine sichtbare Entspannung des Wohnungsmarktes einsetzt und sich das Preisniveau annehmbar stabilisiert hat.~~

In den gossen Städten Schleswig-Holsteins ist bei Neuvermietungen eine funktionierende Mietpreisbremse, die sich an den örtlichen Mietspiegeln orientiert, einzuführen. Die Kommunen werden aufgefordert ökologische Mietspiegel aufzustellen, die den energetischen Zustand der Wohnung widerspiegeln, insbesondere die Art der Wärmeversorgung und Energieeffizienz der Bauweise und der Haustechnik.

Von Zeile 67 bis 72:

~~Möglichkeit von Mietsenkungen geprüft werden. Das Mieten-Moratorium soll spätestens nach fünf Jahren durch die zuständige Behörde überprüft werden. Weiterhin sollen Bestandssanierungen priorisiert werden und CO²-neutral erfolgen, ohne dass die dafür entstehende Kosten auf die Mieter*innen umgelegt werden können.~~

. Weiterhin sollen Bestandssanierungen priorisiert werden und CO² neutral erfolgen. Bei energetischen Sanierungen im Bestand sind die Kosten der Sanierung nach dem Mass der Energieeinsparung, festgestellt durch einen autorisierten Energieberater*in auf die Mieter*innen umzulegen. Bei den Kosten des Vermieters/Vermieterin sind erhaltene Zuschüsse für energieeffiziente Sanierung abzuziehen.

Begründung

Ein Einfrieren der Mieten ist rechtlich aufgrund der Eigentumsgarantie im GG bedenklich und ökologisch nicht sinnvoll. Ziel Grüner Politik ist auch mit Mitteln des Ordnungsrechts die Energieeffizienz des Wohnungsbestandes zu verbessern. Ein Einfrieren von Mieten würde diese Politik behindern und gerade kleine Eigentümer*innen (bis zu 10 WE) zum Verkauf an grosse Investor*innen zwingen: eine Verdrängung kleiner mittelständischer Vermieter*innen kann nicht Grüne Politik sein. Eine gerechte Verteilung der Sanierungskosten ist daher geboten.

Der Grundsatz "Sanierung vor Neubau" ist richtig, sollte aber durch die Forderung nach "Nachverdichtung" im städtischen Bereich ergänzt werden genauso wie die behördliche Kontrolle von Wohnungsleerständen.

Tauschbörsen bei Wohnungen sind deshalb sinnvoll, weil alleinstehende ältere Menschen in oft flächenmässig zu grossen Wohnungen, was auch hinsichtlich Energieeinsparung nicht sinnvoll ist.